

# EVANGELISCHE VERANTWORTUNG

## POLITISCHE BRIEFE DES EVANGELISCHEN ARBEITSKREISES DER CHRISTLICH-DEMOKRATISCHEN/CHRISTLICH-SOZIALEN UNION

Herausgegeben von

Oberkirchenrat Dr. Hermann EHLERS · Präsident des Deutschen Bundestages · Stellvertretender Vorsitzender der CDU  
und Bundesminister Dr. Robert TILLMANN, MdB · Mitglied des Geschäftsführenden Vorstandes der CDU

1. Jahrgang - Nummer 9

Bonn - im Oktober 1953

### I N H A L T

„...UND HÄTTE DER LIEBE NICHT!“ .....	S. 1
EINER VON 508 MEINT.....	S. 4
DANK UND VERPFLICHTUNG.....	S. 8
DIE EVANGELISCHEN BUNDESTAGSABGEORDNETEN DER CDU/CSU.....	S. 8
DIE VERMASSUNG - VERSUCH EINER ANALYSE DES MODERNEN LEBENS....	S. 10
„KIRCHE ÜBER DEN ZEITEN UND IN DER ZEIT - ABER WIE?“ .....	S. 14
POLITISCHER QUERSCHNITT.....	S. 18
UNS WIRD GESCHRIEBEN.....	S. 20

### „ . . . UND HÄTTE DER LIEBE NICHT ! ”

Aus der Predigt von Bischof D. Dr. Dibelius anlässlich  
der Eröffnung des Zweiten Deutschen Bundestages

1. Korinther 13.

Über all den Einzelaufgaben, die es zu bewältigen gilt, steht diese eine: daß in der Gemeinschaft unseres Volkes die Menschen wieder Menschen werden müssen. Und das kann nur dadurch geschehen, daß die Menschen sich dem einen Menschenbilde wieder zuwenden und sich in Seiner Nachfolge und im Gehorsam gegen Gott, der Ihn geschickt hat, und in der Dankbarkeit für alles, was nun damit zusammenhängt, entschließen: Wir wollen wieder Menschen sein! Man kann dafür keine Fünfjahrespläne aufstellen. Man kann das nur tun mit einem einmaligen Ja, das dann an jedem Tage neu bekräftigt werden muß in der Hinwendung zu unserem Herrn Jesus Christus, dem ewigen Ecce homo über unserer Welt. Und in Seiner Nachfolge gibt es, praktisch gesprochen, nur diese eine Kraft: „....und hätte der Liebe nicht!“

Das muß nicht nur von unserem privaten, sondern auch von unserem öffentlichen Leben gelten. Nun sehe ich im Geiste schon das nachsichtige Lächeln: Da kommen sie wieder, die Prälaten und Oberkirchenräte, und wollen uns beibringen, wie man einen Staat mit Bibelsprüchen regiert. — Wir wollen niemandem etwas beibringen. Dazu kämpfen wir selber in unserer Mitte viel zu schwer mit diesem großen Problem, daß wir auf der einen Seite Geistliches und Weltliches auseinanderhalten, wie wir das von D. Martin Luther gelernt haben, daß wir aber auf der anderen Seite als christliche Glieder unserer Nation uns nicht damit zufrieden geben, neben dem Schicksalswagen des deutschen Volkes einherzulaufen und von Zeit zu Zeit „fromme Sprüche“ zu machen. Wir denken uns vielmehr etwas dabei, wenn wir meinen, daß auch über der Arbeit einer Volksvertretung das Wort stehen muß: „...und hätte der Liebe nicht!“ Und wir sagen den Menschen, was wir uns im Namen Jesu Christi dabei denken.

Ich möchte das nur in drei Beispielen andeuten:

Wir sind ein junger Staat, und einem jungen Staat muß alles daran liegen, seine Staatsautorität zu festigen, damit wir nicht aufs neue von Erschütterungen heimgesucht werden, unter denen wir alle miteinander zusammenbrechen würden. Wie festigt man die Staatsautorität? Nicht damit, daß man einen immer weiter in die Einzelheiten führenden Wohlfahrtsstaat aufbaut und schließlich jedem Säugling eine Versicherungspolice gegen sämtliche Unfälle, die ihm im Leben zustoßen könnten, in die Wiege legt — sondern nur dadurch, daß die Menschen den Eindruck gewinnen, daß da, wo der Staat ist, der Wille zu sozialer Gerechtigkeit ist. Und da man sich niemals darüber einigen wird, was nun sozial gerecht ist, wird nichts anderes übrig bleiben, als daß man es so macht, wie es Simson getan hat, der auch die Türen des Hauses nicht öffnen konnte und deshalb kurz entschlossen die Türpfosten herausriß und das ganze Tor auf den Berg davontrug — d.h. daß man alle soziale Gerechtigkeit überhört durch die Kraft der Liebe.

Einer unserer Staatsrechtslehrer hat den Satz geprägt: „Der Staat muß integriert werden aus dem Willen seiner Bürger.“ Das heißt doch in ehrliches Deutsch übersetzt: Der Bürger muß seinen Staat liebhaben, weil ihm auch aus dem Staat Liebe entgegenleuchtet. Das aber geschieht, wenn jeder Vertreter des Staates von solcher Liebe etwas spüren läßt. Darf ich einmal ganz drastisch werden: Der Ministerialdirektor, der sich daran erinnert, daß er einst sechs Jahre lang, als er auch Obergefreiter war, mit seinem Amtsgehilfen von heute zusammen Schulter an Schulter aus dem gleichen Blechnapf gegessen hat, und der dann diesen seinen Amtsgehilfen einmal nach Hause zu einer Tasse Kaffee einlädt, hat damit für die Festigung des Staatsbewußtseins mehr getan als seine ganze Abteilung mit drei sauber ausgearbeiteten Gesetzentwürfen für den Bundestag. Und der Abgeordnete, der sich bei seiner Garderobefrau auch einmal danach erkundigt, wie es ihren Kindern geht, hat damit für den Staat mehr geleistet, als wenn er an seinen Ausschußsitzungen immer pünktlich teilgenommen hat. „...und hätte der Liebe nicht!“ — das ist es, worauf es ankommt.

Und hier ein zweites: Wir haben ja alle miteinander den Völkerbund von damals mit seiner inneren Verlogenheit in schlechtester Erinnerung. Aber wir wollen doch darüber nicht vergessen, daß sich, nachdem nun in der Welt weiter ein Krieg nach dem anderen zu Ende gegangen ist, wiederum gezeigt hat, daß damit keine Probleme gelöst

werden, sondern nur immer neue auftauchen, daß damit die Angst der Völker voreinander keineswegs beschwichtigt wird, sondern die Menschheit immer tiefer in diesen Zustand der täglichen und nächtlichen Angst vor dem versinkt, was kommen wird. Am Ende wäre die Stunde jetzt wohl da, den Völkern der Welt eine neue Vision zu geben, nun nicht mit verlogener Sentimentalität, sondern mit absoluter Nüchternheit und mit der Kraft der Liebe - die Vision, daß es doch möglich sein muß und möglich sein wird, daß die Völker der Welt aufhören, dem ordinärsten aller Ideale nachzujagen: d.h. die eigene Macht auf Kosten der anderen ausdehnen zu wollen, und zusammenstehen, um gemeinsam etwas zu tun zur Ehre des Gottes, der sie in die Welt gesetzt hat.

Ich weiß keine andere Kraft, die das vermöchte, als die christliche Liebe, die den Menschen von sich selber frei macht. - Es ist, so sage ich noch einmal, allmählich wirklich die Stunde dafür. Nur, daß eine solche Vision ja nichts ist, wenn sie in irgendwelchen mehr oder weniger gleichgültigen Pamphleten über die Welt verbreitet wird, sondern es müssen eben Menschen mit der Leidenschaft echter Liebe dahinterstehen. Der Mensch wirkt nur durch das, wovon er überquillt. Und wenn der Mensch nicht überquillt von dieser leidenschaftlichen Liebe, dann wird etwas Großes auch in der Beziehung der Völker zueinander niemals werden. „...und hätte der Liebe nicht!“

Als drittes möchte ich ein Problem aufgreifen, bei dem die Liebe nun wirklich Anfang und Ende ist: die Frage nach der Wiedervereinigung unseres Vaterlandes. Wer an diese Frage herangeht als Politiker, als Wirtschaftler, als Sozialpolitiker, als Finanzmann, der wird Bedenken über Bedenken haben. Die Bedenken bestehen alle zu Recht, alle. Es fragt sich nur, ob eine Liebe da ist, die es fertig bringt, Bedenken beiseite zu schieben und zu sagen: es muß eben sein. Und wenn die Liebe derer, die die stärkere der beiden Hälften darstellen, allein nicht ausreichen sollte, dann sollten sie jedenfalls ein Herz haben für die Liebe, die ihnen von der anderen Seite entgegengebracht wird. Man sollte es doch verstehen, daß uns, die wir im Osten wohnen, ja nicht nur die Hoffnung auf Besserung unserer Verhältnisse erfüllt, daß uns nicht nur dieses angeborene Gefühl der Zusammengehörigkeit bewegt, das jeder Deutsche dem Deutschen gegenüber empfindet, sondern daß uns nun Jahr um Jahr mehr die Sehnsucht quält, endlich herauszukommen aus diesem Zustand, in dem wir immer bloß die Bettelnden, die Armen sind, die ihre Hände ausbreiten, ob sich ein Wohltäter in der Welt für sie finde, daß wir endlich einmal wieder dastehen möchten als gleichberechtigte Glieder einer großen Gemeinschaft. Diese Sehnsucht müßte ein Echo der Liebe finden bei den anderen. Wie es dann gehen soll, ist nicht meine Sache zu wissen. Wir als evangelische Christen hämmern uns an jedem Tag den Satz aus der Offenbarung des Johannes in unser Gewissen: „Hier ist Geduld und der Glaube der Heiligen.“ Das ist unsere Losung. Doch die Zeit der Erfüllung wird kommen, wenn die Kraft da ist, die die Bedenken überwindet. „...und hätte der Liebe nicht!“

Zum Schluß sei es noch einmal gesagt: Wir wollen niemanden belehren, wir möchten nur den Männern und Frauen, auf deren Schultern nun so viel Verantwortung liegt, einmal deutlich gemacht haben, wie wir uns als Christen das Leben in den Tagen denken, die jetzt als ein neuer Abschnitt unserer politischen Geschichte beginnen. Und wir möchten unsere Abgeordneten vor allem des einen versichern, daß die Evangelische Kirche

nicht als eine Kolonne von ewigen Nörglern abseits steht und denen, die sich hier in täglicher saurer Arbeit abquälen, immer bloß vorrechnet, was sie alles nicht erreicht und was sie falsch gemacht haben, sondern daß wir einander die Hände reichen wollen, um diesen Bundestag mit einer Kette von Fürbitten zu umgeben, daß der lebendige Gott Segen auf das lege, was hier gearbeitet wird. Ob man unsere Fürbitte will oder nicht, ist uns völlig gleichgültig. — „Wenn ich für dich bete, was geht das dich an?“ — Wir wollen es tun, wir werden es tun, wir tun es am heutigen Tag. Gott segne den Zweiten Deutschen Bundestag! Amen.

---

EINER VON 508 MEINT . . .

Im Rahmen der Sendereihe „Politik aus erster Hand“ machte Bundestagspräsident D. Dr. Hermann E h l e r s am 21. Oktober im Bayerischen Rundfunk nachstehende Ausführungen:

Während des Ersten Deutschen Bundestages hat ein Abgeordneter seine Erlebnisse und seine Leistung unter dem Titel „Einer von 402“ dargestellt. Die erste Auflage ist bereits verkauft! Heute ist jeder, der in Bonn ein Mandat hat, einer von 508 geworden (oder von 487, um nur die stimmberechtigten Abgeordneten zu nennen), sein Einflußbereich muß sich also etwa um ein Viertel gemindert haben, wenn es nur um die Zahlen der Abgeordneten ginge. Ich möchte heute nur als einer von 508 reden und in keiner anderen Eigenschaft, um, wie manche sich ausdrücken, ungeschützt meine eigene Meinung sagen zu können.

Gestern war die Vereidigung des Kabinetts. Seine Bildung war bis zum Schluß schwierig, und der Brief, in dem mitgeteilt wurde, wer zum Minister ernannt war, kam erst kurz vor Beginn der Sitzung ins Bundeshaus. Mancher hat während der Sitzung des Bundestages besorgt auf die Ministerbank geblickt und festgestellt, daß die für die Minister vorgesehenen Plätze in der vordersten Reihe nicht mehr reichten und mehrere Minister zunächst in der zweiten Reihe Platz nehmen mußten. Um jede bayerische Mißstimmung zu vermeiden, muß ich allerdings feststellen, daß beide Minister der CSU, Herr Schäffer und Herr Strauss, sich Plätze in der vorderen Reihe gesichert hatten. Insofern sind die föderalistischen Belange, die Herr von Cube gerade im Bayerischen Rundfunk so beredt vertreten hat, gewahrt. Aber es geht mir wie ihm so, daß ich die große Zahl an Ministern — nicht nur aus Platzgründen — mit einiger Besorgnis betrachtet habe. Herr von Cube, um ihn wieder zu zitieren, weil er das sagt, was in vielerlei Abwandlungen zu hören ist, meint, der Wähler sei nicht bereit, sie zu bezahlen. Auch ich bin der Meinung, daß man in unserer finanziellen Lage das Wort Sparsamkeit ganz groß schreiben muß, und wenn es nur um einige hunderttausend Mark geht. Doch gerade hier scheint mir der Ruf zur Sparsamkeit am wenigsten angebracht — obwohl ich weiß, das es zahllose Menschen in Deutschland gibt, die jedesmal in Empörung geraten, wenn irgendein Mann aus öffentlichen Mitteln bezahlt wird. Beamte sind ja bei uns so unbeliebt, weil viel zu viele Menschen immer noch meinen, die

Beamten jeder Art, ob es nun Briefträger oder Prüfer des Finanzamtes sind, seien im Grunde überflüssige Parasiten, die nichts täten und dafür vom Staat, d.h. aus den Steuern der wirklich arbeitenden Bevölkerung, viel zu hoch bezahlt würden. Und mit dieser Beurteilung wird jeder, der als Beamter und wie ein Beamter bezahlt wird, verdächtig, auch ein Minister. Es ist seltsam, daß die Leute, die geradezu Sturm laufen, wenn es um die Bezahlung der von einem Menschen im Dienste des Staates geleisteten Arbeit geht, nichts einzuwenden haben, wenn man an anderen Stellen ganz andere Gelder ausgibt für Amtsträger oder auch für Bauten, die offensichtlich aus den Beiträgen derer, die nicht zu den Reichen gehören, errichtet werden.

Ich meine, man kommt der Sache nicht damit bei, daß man bis zwanzig - oder zunächst bis neunzehn - zählt und dann summarisch verurteilt, sondern man muß sich die Leute ansehen und sich fragen, was bei ihrer Arbeit für unser Volk herauskommt. Ich kenne sie ja nun als einer von 508. Und wenn ich die Frage z.B. unter bayerischem Vorzeichen betrachte, dann muß ich sagen, daß Franz Strauss sicher auch existiert hätte, falls er nicht Minister geworden wäre. Stelle ich mir aber die Lebendigkeit dieses Benjamins im Kabinett vor, so glaube ich, daß er mit der Durchsetzungskraft eines Ministers manchen abgelagerten Staub zum Wirbeln bringen kann. Das soll selbst in Bonner Amtsstuben oft nicht schädlich sein. Und wenn ich mir meinen Freund Tillmanns, den Vorsitzenden der CDU in Berlin, ansehe, dann bin ich überzeugt, daß es Berlin und dem Bund gut tut, wenn er seine Stimme mit den Erfahrungen, die sich aus den unersetzbaren Erlebnissen in Berlin ergeben, in die Waagschale werfen kann. Und daß beide und noch andere dabei nicht mit Ressortverantwortungen eingedeckt sind und darin ersticken, sondern noch etwas Raum und Zeit für die Fragen der großen Politik haben, ist sicher kein Schade.

Es gibt also auch vom Standpunkt des normalen und sparsamen Bürgers aus einige Gesichtspunkte für Minister mit Sonderaufgaben. Daß es so viele wurden, hängt mit der Koalitionspolitik zusammen. Da taucht das Wort „Kuhhandel“ auf. Das haben wir doch irgendwann schon einmal gehört! Ich meine, es wäre gut zwanzig Jahre her, daß auch dieses Wort eine schöne Rolle in der Diskreditierung der ersten deutschen Demokratie gespielt hätte. - Jeder, der die Wahl mitgemacht und ihr Ergebnis mit Freude, mit Entsetzen oder mit Zurückhaltung erlebt hat, weiß, daß alle Gänse auf dem deutschen Kapitol schnatterten: jetzt sei die Zeit der totalitären Partei gekommen, jetzt werde die CDU/CSU von ihrer parlamentarischen Macht einen rücksichtslosen Gebrauch machen. Die Worte „Führerwahlen“ und „Führerstaat“ wurden genannt. Ich will heute nichts darüber sagen, ob Konrad Adenauer etwas von dem hat, was in unserer Zeit den „Führer“ ausmacht - man könnte daran zweifeln. Aber man stelle sich einmal vor, der Bundeskanzler hätte freiwillig oder notgedrungen das italienische Rezept befolgt und eine Einparteienregierung gebildet. Alle, die ihm nicht wohlwollen oder nur darauf warten, ihm etwas am Zeuge flicken zu können, wären wie ein Mann aufgestanden und hätten gerufen: Da habt ihr es! Nun, da er den anderen Weg geht und nicht nur die bisherigen Koalitionsparteien, sondern auch noch den BHE in die Regierung einbezieht, scheint es auch nicht richtig zu sein.

Ich verrate kein Geheimnis, wenn ich sage, daß mir als einem unbeteiligten Beobachter die von vornherein den drei kleinen oder kleineren Koalitionsparteien zugebil-

ligten acht Kabinettsitze etwas zahlreich erscheinen, weil sich daraus notwendigerweise Folgerungen für die Beteiligung der größten Partei an der Kabinettsbildung ergeben mußten. Denn schließlich kann man nicht erwarten, daß eine Partei, die durch die Stimmen der Wähler mit einer Fraktion von 250 Abgeordneten im Bundeshaus sitzt, darauf verzichtet, ihren Einfluß bei der Zusammenarbeit mit anderen Parteien die zusammen 95 Parlamentssitze einbringen, sicherzustellen. Vielleicht kann man das „Kuhhandel“ nennen, wobei ich als Abgeordneter eines überwiegend bäuerlichen Wahlkreises auch den Kuhhandel und die Rindfleischpreise für höchst wichtige Dinge halten muß. Vielleicht kann man das Ganze aber ebenso als Ausdruck des Maßhaltens verstehen, von dem der Bundeskanzler und viele meiner Parteifreunde nach der Wahl gesprochen haben.

Natürlich geht es auch um die Zweidrittelmehrheit. Will das jemand beanstanden? Jahrelang hat man uns mit lauter Stimme vorgetragen, daß Bundestag und Bundesregierung an der Meinung des Volkes achtlos vorübergegangen seien. – Ich denke eben daran, daß Herr Kirchenpräsident Niemöller mich vor der Wahl zu einem Rundfunkgespräch auch über diese Frage aufgefordert hat. Seitdem habe ich übrigens nichts wieder von dem Plan gehört. – Jahrelang hat man uns vorgeworfen, daß wir mit den Verteidigungsverträgen verfassungswidrig handelten; die Klagen beim Bundesverfassungsgerichtshof schweben ja noch. Ist es eigentlich sinnvoll, sich nun, nachdem das Volk in dieser Frage ein eindeutiges Votum gegeben hat, darüber zu mokieren, daß die Regierung auf eine sichere verfassungsändernde Mehrheit im Bundestag und Bundesrat Wert legt für den Fall, daß tatsächlich mit Rücksicht auf die seit dem Erlaß des Grundgesetzes entscheidend veränderte politische Situation Verfassungsänderungen nötig werden? Man kann das als „Kuhhandel“ bezeichnen, wenn man an die appelliert, die die Dinge von draußen und von vornherein negativ zu sehen wünschen, man kann es ja aber auch eine vorsichtige und weiterplanende Politik nennen, die jeder vernünftigen Regierung befohlen ist.

Heute las ich in der Zeitung, daß man sich darüber verständigt habe, das Postministerium in eine Abteilung für Pakete und eine für Briefe aufzuteilen und die eine evangelisch und die andere katholisch zu besetzen. Daß Zeilenschreiber auch in solcher Lage bessere oder schlechtere Witze erfinden, sei ihnen verziehen – sie leben davon. Aber hier muß ich nun doch einmal ohne Humor ein deutliches Wort sagen, als einer von 508, aber auch als einer, der durch den Lauf der Dinge eine besondere Verantwortung für den evangelischen Teil der CDU trägt. Jahrelang haben sich die Gegner damit beschäftigt, meine Freunde und mich als den belanglosen Appendix einer katholischen Partei hinzustellen, der nur so lange geduldet würde, wie man ihn brauche. Nachdem sich am 6. September trotz aller daran gewandten Propaganda, die unter den verschiedensten Vorzeichen und mit den verschiedensten Mitteln betrieben wurde, die überwiegend evangelische Bevölkerung in Norddeutschland, Hessen, Württemberg und Franken für diese angeblich katholische Partei entschieden hatte, stand die Frage einer entsprechend paritätischen Besetzung der zu vergebenden Sitze vor uns. Ich möchte hier keinen Zweifel daran lassen, daß für mich jederzeit die Frage nach der sachlichen Eignung eines Ministers, eines Regierungsrats oder eines Landbriefträgers die entscheidende ist. Wenn ich einen sachlich überragenden Beam-

ten habe, dann nehme ich ihn, ohne nach seiner Konfession zu fragen. Wenn ich aber – und das kommt alle Augenblicke vor – die Wahl zwischen mehreren, aus den verschiedensten Gründen gleichmäßig geeigneten habe, dann ist es meine Pflicht, mich dafür einzusetzen, daß bei einer Zusammenarbeit der Konfessionen, die entweder freiwillig in einer Partei oder notgedrungen in einem Staat erfolgt, die Parität der gegenseitigen Achtung in der Praxis gewährleistet ist. Wo das nicht geschieht, gefährdet man mehr als Beamten- und Ministerstellen. Diese Grundsätze müssen in Bonn wie in München, in Hamburg wie in Nürnberg gelten. Und wo es Leute der einen oder der anderen Seite gibt, die sie noch nicht verstanden haben, sollte man sie im Interesse des großen Ganzen schnellstens zur Ordnung rufen.

Ich werde – selbst wenn man Witze darüber macht – nicht aufhören, für eine solche, auch äußerlich sichtbare Dokumentation des Willens zur Zusammenarbeit einzutreten. Das gilt für ein ganzes Kabinett, das gilt aber auch für jede einzelne Partei, ganz besonders für eine, die sich die Wahrnehmung der christlichen Verantwortung in der Politik und die Zusammenarbeit der Konfessionen in ihr so zum Ziel gesetzt hat wie die CDU/CSU. Ich rechne mir wie viele andere aus, wie das nun heute aussieht, und habe meine Fragen zu stellen und Anmerkungen zu machen; denn schließlich ist das von den Wählern geschaffene Verhältnis der katholischen zu den evangelischen Fraktionsmitgliedern der CDU/CSU jetzt 3:2 zugunsten der katholischen Parteifreunde. Alle, die für die noch kommenden Entscheidungen bei der Zusammensetzung des Bundeskabinetts und vielleicht anderer Regierungen Verantwortung tragen, sollten das bedenken! Es geht nicht darum, neben den soviel verlästerten politischen Katholizismus einen politischen Protestantismus zu stellen, sondern es geht darum, das erwachende Gefühl des evangelischen Volksteils für seine besondere politische Verantwortung zu pflegen und zu stärken.

Nun habe ich immer nur von der Regierung gesprochen. Das ist einen Tag nach der Regierungserklärung des zweiten Kabinetts Adenauer nicht verwunderlich. Vom Parlament selbst wird später zu reden sein. Aber Herr von Cube – um ihn noch einmal zu zitieren – hat behauptet, ein guter Bundestag sei ein Bundestag, der möglichst wenig Gesetze mache. Sicher ist jeder von uns dazu gern bereit. Dazu könnte allerdings beitragen, wenn nicht so viele Gesetze von uns gefordert würden. Oder auch, wenn nicht so viele Gesetze mit sehr durchsichtiger Zwecksetzung beantragt würden. Jeder Abgeordnete hat in seinen ersten zwanzig Drucksachen des neuen Bundestages die Forderung nach einer Unzahl von Gesetzen vorgelegt bekommen. So geht es nicht, wenn die Gesetzgebungsaufgabe nicht heillos verdorben und zum Propagandainstrument gemacht werden soll. Das sage ich nicht als Präsident des Bundestages – als solcher habe ich alle Anträge sorgsam anzunehmen und den geschäftsordnungsmäßigen Weg gehen zu lassen. Als einer von 508 habe ich jedoch angesichts des wieder beginnenden Wustes von Papier den Wunsch, daß sich die verantwortlichen Männer gelegentlich daran erinnern, daß es auch Papierkörbe gibt.

Wenn diese Erkenntnis sich Bahn bricht, besteht nicht die Gefahr, die Herr von Cube zu sehen glaubt, daß die Gesetze eine Einschränkung unserer Freiheit bedeuten. Dann besteht die Chance, daß aus der Arbeit eines Parlamentes, das nun einmal dazu da ist, die notwendigen Gesetze zu schaffen, die Fundierung unseres Lebens und unserer Freiheit erwächst.

## DANK UND VERPFLICHTUNG

### Erklärung der Parteivorstände der CDU/CSU

Die Vorstände der Christlich-Demokratischen Union und der Christlich-Sozialen Union grüßen alle Frauen und Männer, die bei den Bundestagswahlen den Kandidaten der CDU/CSU ihre Stimme gegeben haben, und danken ihnen für den Beweis ihres großen Vertrauens. Wir grüßen insbesondere die jungen Wählerinnen und Wähler, die sich radikalen Parolen versagt und in überwältigender Mehrheit für die Politik Konrad Adenauers entschieden haben.

Der Erfolg der CDU/CSU gründet sich auf ihre innere Geschlossenheit. Die CDU/CSU ist über die Grenzen der Konfessionen hinaus zur politischen Gemeinschaft aller Stände und Schichten des deutschen Volkes und damit zur tragenden Kraft unserer Demokratie geworden.

Wir empfinden diesen Vertrauensbeweis als verantwortungsvolle Verpflichtung. Wir werden dieser Verantwortung gemeinsam mit den Parteien, die mit uns zusammenarbeiten wollen, gerecht werden, und wissen uns dabei auch denen verpflichtet, die uns nicht gewählt haben.

Das Programm, das auf dem Hamburger Parteitag für den Zweiten Deutschen Bundestag beschlossen worden ist, wird Richtschnur unserer Politik sein. Wir werden die Leistungen der Wirtschaft weiter steigern, den allgemeinen Wohlstand mehren und der sozialen Gerechtigkeit mit einer großzügigen, fortschrittlichen Sozialpolitik dienen.

Unser vornehmstes Ziel bleibt, die Wiedervereinigung herbeizuführen und Frieden und Freiheit für das ganze deutsche Volk zu sichern. Wir werden an der Errichtung der Europäischen Gemeinschaft wie bisher mitarbeiten, die Zusammenarbeit mit den Völkern der freien Welt im Geist gegenseitigen Vertrauens stärken und unseren Beitrag dazu leisten, daß die Gegensätze zwischen den Weltmächten überwunden werden.

Der große Wahlerfolg der CDU/CSU ist nicht zuletzt der unermüdlichen Arbeit vieler Tausender ehrenamtlicher und amtlicher Mitarbeiter und der vielfältigen Tätigkeit aller unserer Freunde in Stadt und Land zu verdanken. Die Vorstände sprechen ihnen allen in herzlicher Verbundenheit ihren aufrichtigen Dank aus.

---

## DIE EVANGELISCHEN ABGEORDNETEN DER CDU/CSU

### IM ZWEITEN DEUTSCHEN BUNDESTAG

#### Baden-Württemberg:

B a u s c h, Paul, Oberregierungsrat, Korntal/Kreis Leonberg  
E r h a r d, Professor Dr. Dr. Ludwig, Bundeswirtschaftsminister, Bonn  
F i n c k h, Hermann, Fabrikant, Süßen/Kreis Göppingen  
G e d a t, Gustav-Adolf, Schriftsteller, Hirsau/Schwarzwald  
G e r s t e n m a i e r, Dr. Eugen, Oberkonsistorialrat, Stuttgart  
J a h n, Artur, Werkmeister, Oberesslingen/Neckar  
J o c h m u s, Dr. Hedwig, Chemikerin, Heidelberg  
K r o l l, Ludwig, Buchhändler, Baden-Baden  
L e i b f r i e d, Eugen, Landwirt, Guttenbach/Neckar  
L e o n h a r d, Gottfried, Bijouterietechniker, Pforzheim  
L i n d r a t h, Dr. Hermann, Stadtkämmerer z.Wv., Heidelberg  
R ö s c h, Julie, Hausfrau, Tübingen  
R ü m m e l e, Oskar, Kaufmann, Hinterzarten/Schwarzwald  
S c h u l e r, Fritz, Schuhmachermeister, Calw



Bayern:

B a u e r e i s e n, Friedrich, Landwirt, Ehingen/Kreis Dinkelsbühl  
D o l l i n g e r, Dr. Werner, Ziegeleibesitzer, Neustadt/Aisch  
F u n k, Friedrich, Dipl.-Landwirt, Neuses am Sand/Kreis Gerolzhofen  
G e i s e n d ö r f e r, Ingeborg, Pfarrfrau, München  
M a n t e u f f e l - S z o e g e, Dr. Georg Baron von, Landwirt, Bad Homburg  
M e y e r, Philipp, Müllermeister, Oppertshofen/Landkreis Donauwörth  
S p ö r l, Max, Kürschnermeister, Schwarzenbach am Wald/Kreis Laila  
S t i l l e r, Georg, Bäckermeister, Nürnberg  
W a c h e r, Gerhard, Landwirtschaftsrat, Hof

Berlin:

F r i e d e n s b u r g, Professor Dr. Ferdinand, Präsident des Deutschen  
Institutes für Wirtschaftsforschung, Berlin-Nikolassee  
L e m m e r, Ernst, Chefredakteur, Berlin-Zehlendorf  
T i l l m a n n s, Dr. Robert, Bundesminister f. Sonderaufg., Berlin-Wannsee

Bremen:

M ü l l e r - H e r m a n n, Ernst, Schriftleiter, Bremen

Hamburg:

B u c e r i u s, Dr. Gerd, Verleger, Hamburg-Gr. Flottbek  
G r i e m, Hans, Einzelhändler, Hamburg-Rahlstedt  
L e v e r k u e h n, Dr. Paul, Rechtsanwalt, Hamburg  
S c h a r n b e r g, Hugo, Bankdirektor, Hamburg  
S c h m i d t - W i t t m a c k, Karl-Franz, Kaufmann, Hamburg

Hessen:

B ö h m, Dr. Franz, Universitätsprofessor, Frankfurt/Main  
G o n t r u m, Wilhelm, Pfarrer, Watzenborn-Steinberg/Kreis Giessen  
K n a p p, Oskar, Landwirt, Kirberg/Kreis Limburg  
K ö h l e r, Dr. Erich, Wirtschaftsberater, Wiesbaden  
L e i s k e, Dr. Walter, Bürgermeister, Frankfurt/Main  
P l a t n e r, Eduard, Oberlandesgerichtsrat, Witzenhausen  
S c h w a r z h a u p t, Elisabeth, Oberkirchenrätin, Frankfurt-Eschersheim

Niedersachsen:

B r e s e, Wilhelm, Landwirt, Marwede/Kreis Celle  
B r ö k e l s c h e n, Dr. Else, Hausfrau, Goslar/Harz  
B u c h k a, Dr. Karl von, Landrat a.D., Freiburg/Niederelbe  
B u r g e m e i s t e r, Alfred, Einzelhändler, Schöningen/Kreis Helmstedt  
C i l l i e n, Adolf, Oberkirchenrat, Hannover  
C o n r i n g, Dr. Hermann, Landrat, Weener/Ems  
E h l e r s, Oberkirchenrat D. Dr. Hermann, Bundestagspräsident, Bad Godesberg  
H e y e, Hellmut, Vizeadmiral a.D., Bremen  
K o o p s, Willi, Spediteur, Dannenberg/Elbe  
K o r t m a n n, Johannes, Kapitän z.S. a.D., Sandhorst/Kreis Aurich (Ofrsld.)  
L i n d e n b e r g, Dr. Heinz, Wirtschaftsjurist, Bad Harzburg  
M e n s i n g, Friedrich, Fleischermeister, Hameln/Weser  
M o e r c h e l, Dr. Siegfried, prakt. Arzt, Salzgitter-Lebenstedt  
S c h r a d e r, Rudolf, Landwirt, Uehrde/Kreis Wolfenbüttel

Nordrhein-Westfalen:

B e r e n d s e n, Fritz, Abteilungsleiter, Duisburg  
B o d e l s c h w i n g h, Ernst von, Dipl.-Landwirt, Weddinghofen/Kr. Unna  
B r a n d, Peter-Wilhelm, Kaufmann, Remscheid  
D r e s b a c h, Dr. August, Hauptgeschäftsführer, Essen-Bredeney  
H a h n, Karl, Geschäftsführer, Bielefeld

H e l l w i g, Dr. Fritz, Volkswirt, Düsseldorf-Oberkassel  
H e s b e r g, Dr. Carl, Geschäftsführer, Köln-Brück  
H u t h, Eugen, Buchdruckermeister, Wuppertal-Vohwinkel  
K i r c h h o f f, Peter-Heinrich, Fabrikant, Werdohl  
K ü h l t h a u, Walter, Geschäftsführer, Oberhausen  
K u n z e, Johannes, Verw.-Direktor, Gadderbaum/Kreis Bielefeld  
O e t z e l, Richard, Zimmermeister, Witten/Ruhr  
P f e r d m e n g e s, Dr. Robert, Bankier, Köln-Marienburg  
P o h l e, Dr. Wolfgang, Rechtsanwalt, Düsseldorf  
P r a e t o r i u s, Gisela, Pfarrfrau, Düsseldorf  
R e h l i n g, Dr. Luise, Pfarrfrau, Hagen  
S a b a s s, Wilmar, Bergassessor a.D., Bonn  
S c h r ö d e r, Dr. Gerhard, Bundesinnenminister, Düsseldorf  
S i e b e l, Theodor, Fabrikant, Freudenberg/Kreis Siegen  
S t e i n b i s s, Dr. Viktoria, prakt. Ärztin, Bielefeld  
V o s s, Heinrich, Diakon, Hamm  
W e h k i n g, Heinrich, Landwirt, Friedewalde-Wegholm/Kreis Minden  
W e l s k o p, Dr. Friedrich, Rechtsanwalt, Castrop-Rauxel  
W i e d e c k, Hugo, Fabrikant, Schötmar/Lippe

Rheinland-Pfalz:

K n o b l o c h, Ludwig, Landwirt, Ilbesheim/Kreis Kirchheimbolanden  
M a y e r, Hugo, Landwirt, Hintertiefenbach/Kreis Birkenfeld  
S t a u c h, Robert, Landwirt, Katzenelnbogen/Lahn

Schleswig-Holstein:

B a r t r a m, Dr. Walter, Kaufmann, Latendorf/Kreis Segeberg  
B i s m a r c k, Fürst Otto von, Land- und Forstwirt, Friedrichsruh  
B o c k, Paul, Kaufmann, Lübeck  
B r o o k m a n n, Walter, Kaufmann, Kiel  
D i e d r i c h s e n, Karl, Landwirt, Alt-Jellingsdorf/Kr. Oldenburg (Holst.)  
E n g e l b r e c h t - G r e v e, Ernst, Landwirt, Obendeich-Herzhorn  
G e r n s, Heinrich, Landwirt, Wankendorf/Kreis Plön  
G i e n c k e, Christian, Gartenbauarchitekt, Langenhorn/Kreis Husum  
G l ü s i n g, Hermann, Landwirt, Wrohm/Kreis Norderdithmarschen  
G o l d h a g e n, Wilhelm, Assessor, Ellerhoop/Kreis Pinneberg  
H a s s e l, Kai-Uwe von, Pflanzungskaufmann, Glücksburg/Kreis Flensburg  
R a s n e r, Will, Redakteur, Flensburg  
S c h w a r z, Werner, Landwirt, Frauenholz/Kreis Stormarn  
S t r u v e, Detlef, Landwirt, Embühren/Kreis Rendsburg

---

DIE VERMASSUNG - VERSUCH EINER ANALYSE DES MODERNEN LEBENS

Der Direktor der Evangelischen Sozialakademie in Deutschland, Dr. habil. Gerhard H e i l f u r t h, hat auf der Jahrestagung der Evangelischen Arbeiter-Internationale in Düsseldorf ein bemerkenswertes Referat gehalten, das über sein obiges Thema hinaus wertvolle Ansätze für die Gestaltung einer Sozialpolitik aus evangelischer Verantwortung aufzeigt. Wir veröffentlichen im folgenden einen Auszug aus diesen Darlegungen.

Wenn wir uns mit dem Problem der Vermassung auseinandersetzen, so möchten wir durch das Mode- und Schlagwort, das in der gesamten heutigen Publizistik bis zum Überdruß gebraucht und mißbraucht wird, hindurch den Dingen auf die Spur zu kommen versuchen.

Wer dem eigentlichen Grund der Vermassung nachgeht, stößt auf die seelische Vereinzelung des modernen Menschen, auf seine Vereinsamung und Entwurzelung, zu der der falsch verstandene Freiheitsdrang geführt hat, das Vergessen nämlich, daß Freiheit zum Verhängnis wird, wenn sie nicht auf bleibende Maßstäbe, die sich in Gott gründen, bezogen ist. Die seelisch-menschliche Vereinzelung im Maschinen- und Massenzeitalter beruht darauf, daß durch die großen Umschichtungen das richtige Verhältnis von Freiheit und Bindung verlorengegangen ist, das Bewußtsein, daß Freiheit ohne Bindung ins Chaos, zum Zusammenbruch der Ordnung führt – innerhalb dessen Masse und Vermassung üppig gedeihen und wuchern können, und andererseits, daß Bindung ohne Freiheit in die Tyrannei führt, in die Vergewaltigung des Menschen durch das Kollektiv – wie wir es in allen totalitären Systemen erleben, in denen Masse und Vermassung planmäßig aktiviert werden.

Unsere Entwicklung der Zivilisation mit ihren weltumspannenden Zusammenhängen, mit ihrer ständig wachsenden Überwindung des Raumes und der Zeit durch immer schnellere Verkehrs-, Transport- und Nachrichtennittel, ist das Spiegelbild der sozialen Verfassung der modernen Menschheit: Äußerlich stehen sich ihre Glieder näher denn je, durch technische Errungenschaften vielfältig verbunden und durch wirtschaftliche Gegebenheiten aufeinander angewiesen – innerlich jedoch sind die Menschen sich erschreckend fern, voller Mißtrauen und Argwohn, herausgefallen aus der Geborgenheit sozialer Einordnung.

Der Vermassungsprozeß ist im wesentlichen auf fünf Erscheinungen zurückzuführen, die wie Wetterlinien das Menschheitsgeschehen bestimmt haben und bestimmen:

1. auf die Bevölkerungsvermehrung und Zusammenballung der Menschen,
2. auf die Steigerung der sozialen und regionalen Mobilität,
3. auf die allgemeine Nivellierung und Bürokratisierung,
4. auf die zunehmende Macht der Planung und Organisation,
5. auf die einebnende Wirkung der Massenproduktion, der Mode und der Publizistik.

Besondere Aufmerksamkeit ist der Entwurzelung und Bindungslosigkeit zu widmen, die Folge dieser Entwicklung ist. Die seelische und soziale Unsicherheit erhöht sich dabei, wenn obendrein das persönliche Eigentum verlorengeht und damit jene Festigung der Freiheit durch die Basis einer privaten Lebenssphäre entfällt. Der Eigentumslose ist der Willkür gefährlich preisgegeben. Er wird rasch zum Spielball anonymer Mächte und gerät in eine bedrohliche „Objektsituation“.

Vom Politischen her wird die soziale Unterschiedslosigkeit durch die allgemeine Demokratisierung, durch die Gleichberechtigung und Mitbestimmung aller unterstrichen, und zwar im Rahmen des modernen nationalen Beamtenstaates. Er ebnet das Volk mit seinen Ständen und Stämmen ein und durchdringt es mit einer Verwaltungsapparatur, mit einer Bürokratie, die der industriellen Maschinerie entspricht. Die Bürokratie verbreitet sich seit der Mitte des 19. Jahrhunderts unaufhaltsam über alle Gebiete des menschlichen Zusammenwirkens, nicht nur im staatlichen und öffentlichen Leben, in der Sozialpolitik, in der Fürsorge und Wohlfahrtspflege, im Bildungs- und Erziehungswesen, sondern ebenso in allen Großorganisationen, in den Parteien, Gewerkschaften und Betrieben, und leider auch im Verwaltungsgefüge der

Kirchen. Bezeichnend ist jenes kritische Wortspiel eines sowjetischen Emigranten: „Karl Marx hat entscheidend geirrt – nicht das Proletariat hat gesiegt, sondern das Sekretariat.“

Der Schwund echter Führung und Autorität hängt mit der Funktionalisierung der „Macht“ zusammen. Sie beruht größtenteils nicht mehr auf persönlicher Verantwortung, sondern sie ist in ein verwickeltes System von Zuständigkeiten aufgeteilt. Sie hängt in den Fängen der Manager und Funktionäre, die vom grünen Tisch aus lenken und leiten und das lebendige Menschentum mit Hilfe von Fragebogen und Karteien zergliedern, einteilen, dann auf verschiedene Art wieder zusammenfassen und so in ein großes willenloses Räderwerk verwandeln.

Die „Apparatschicki“ – das russische Wort ist außerordentlich charakteristisch – bedienen die Schaltstellen des Menschenapparates, in dem der Einzelne nur noch Teilchen eines gesteuerten Kollektivs ist. Schritt um Schritt wird so die „Egalisierung“ des menschlichen Lebens vorangetrieben. „Das 19. Jahrhundert erlebte die Freiheit, aber es ließ die natürliche Ungleichheit der Menschen bestehen. Das 20. Jahrhundert erlebt die Gleichheit, aber es vernichtet die natürliche Freiheit des Menschen“ (Hans Zehrer). Es gehört zum Wesen der Gleichheit, daß sie schließlich in der Masse endet.

Neben dem ungeheuer Negativen dieser Gesamtentwicklung steht ein Positivum von großer Bedeutung: nämlich das neue Bewußtsein vom Ganzen der Gesellschaft, das unsere Generation zu erreichen im Begriffe ist. So verschiedenartig und so mannigfaltig das charakterisierte Geschehen ist, so übergreifend sind die Grundfragen, vor denen die heutige Menschheit steht. Sie sieht sich insgesamt vor dem Problem des Zusammenwachsens und der Gemeinsamkeit über die Erde hin. Es geht um eine neue Form des Miteinanders im Weltmaßstab.

Aus diesem Bewußtsein haben wir die Konsequenzen zu ziehen. Was ist zu tun?

Wir wissen zunächst: Die Gegenkräfte gegen die Vermassung können nur aus der Gebundenheit an Gott kommen, durch die Wegweisung und Orientierung auch in der Vielschichtigkeit, dem Dickicht und der Großräumigkeit des modernen Massendaseins zu gewinnen sind. In dieser Gewißheit gilt es, von der Situation aus, in der wir stehen, die Bedingungen des zwischenmenschlichen Lebens neu zu durchdenken. Die Vergangenheit durchschaute die Spannung der beiden Seinsbereiche, des persönlichen und des sozialen, nur unklar. Erst in der Gegenwart wächst durch den geschichtlichen Ablauf das Verständnis dafür, wie stark Einzeldasein und Sozialgeschehen auf vielfältig verschlungenen Wegen verbunden sind. Es gilt, eindringlicher als früher auch die übergreifenden Formen des Zusammenlebens und Zusammenwirkens, wie sie im Zuge der Vermassung überall zum Vorschein gekommen sind, in sittliche Forderungen einzubeziehen. Hier beginnen die drängenden Fragen der Gesellschafts- und Öffentlichkeitsethik auf der Höhe unserer Zeit.

Wollte man die Fülle der Aufgaben, die daraus erwachsen und vor die wir angesichts der Uniformierung unseres Lebens gestellt sind, auf einen Nenner bringen, so müßte er heißen: Gliederung der Masse. Konkret gesprochen bedeutet das: Aufbau neuer tragfähiger Gemeinschaftsformen mit wachem Blick für die gewandelte Lage, angefangen

bei der uralten Grundzelle der Gesellschaft, bei Ehe und Familie, bis hin zu den Aktionsgruppen im Neuland der modernen Großverbände. Sie können freilich nur fruchtbar werden, wenn sie auf einem Menschenbild beruhen, das an die ewige Wahrheit gebunden ist.

Es kommt also in der Tat alles darauf an, im Zeitalter der Masse und Vermassung die Personhaftigkeit, die „Personalität“ des Menschen neu zu unterbauen.

Wodurch wird die Personalität begründet? Durch dreierlei Fakten, die wir in jeder Situation zu retten vermögen, wenn sie auch heute weithin verwischt worden sind: das Gegenüber zu Gott, die Unverlierbarkeit der Würde und die Unvertretbarkeit in der Verantwortung.

Von dieser Basis aus „können die verschiedenen menschlichen Werte der Güte, des Verstehens, der Gerechtigkeit wiedergewonnen werden“ (Guardini). Und nur von dieser Basis aus ist Erneuerung möglich, denn der Wert jedes sozialen Gebildes wird durch den Wert seiner tragenden Personen bestimmt. Zu keiner Zeit hat sich das zwischenmenschliche Gefüge durch Proklamationen von Ideologien und Weltanschauungen, durch bloße Proteste im Namen der Ordnung erneuern lassen. Eine Durchdringung der Masse durch menschliche Gruppenbildung auf der Basis lebendiger Personalität gewinnt nur dann Gestalt, wenn sie wirklich praktiziert wird, wenn sie von gesunden Kernen aus aufbauend geschieht, durch eine Änderung der Menschen und der Verhältnisse in die Geschichte hinein.

Daraus resultiert sozialpolitisch eine Vielzahl an Forderungen, die die christliche Arbeiterschaft in der ganzen Welt anzumelden hat.

Zunächst ergibt sich grundsätzlich die dringende Aufgabe: weg von der bloßen Massenfürsorge unter ausschließlich nivellierenden Tendenzen, die den abhängigen Menschen von den mächtigen Massenorganisationen her, an deren Spitze der Staat steht, immer stärker entmündigen, in ein lähmendes Rentnerdasein, in eine lethargische Versorgten-Existenz drängen und ihm die Selbständigkeit, die schöpferische Eigeninitiative rauben. Wir kämpfen aus den Erfahrungen der Vermassung heraus um der Rettung des Menschen willen mit ganzer Kraft für eine Neuorientierung der gesamten Sozialpolitik unter dem Gesichtspunkt „Hilfe zur Selbsthilfe“, der am Anfang der evangelisch-sozialen Bewegung stand, aber im Laufe der letzten hundert Jahre weithin in den Hintergrund gedrängt worden ist. Dieser Gesichtspunkt umschließt ein ganzes Programm mit dem obersten Ziel der Befreiung des Menschen und der menschlichen Gemeinschaft aus der bloßen Objektsituation.

Hüten wir uns dabei jedoch, in die falsche Romantik zu verfallen, als könne das Sozialgeschehen unseres Zeitalters den „Zweckverband“ entbehren. Er ist notwendig. Und wir wären Illusionisten, wenn wir die gewaltigen Energien der Technik, Planung und Organisation ablehnen würden, anstatt sie nüchtern zu durchdenken und als die großen Hilfsmittel unserer Epoche zu gebrauchen. Wir müssen mit ihnen und durch sie Schulter an Schulter unsere Knechtschaft in Freiheit verwandeln.

Von daher gesehen heißt „Gliederung der Masse“ Weckung der persönlichen Mitverantwortung, Mitwirkung, Mitgestaltung, heißt Überwindung der falschen Resignation

und Ermüdung, des Sichttreibenlassens und Getriebenwerdens, heißt Überwindung der Entkräftung des Einzelnen und der überschaubaren Gruppe durch die Massenmaschinerie und -apparatur.

Dazu bedarf es zweifellos einer Ausweitung und Vertiefung der Menschenbildung, insbesondere der Arbeiterbildung, weil die Arbeiterschaft im Seinsgefüge der modernen Gesellschaft eine ausschlaggebende Funktion hat und mit ihrem Verhalten vieles steht und fällt. Es muß erreicht werden, daß der Einzelne je nach seinen Fähigkeiten die Möglichkeit erhält, zu durchschauen, was eigentlich mit ihm vorgeht, und im lebendigen Erfahrungsaustausch, im Wissen um die gegenseitige Abhängigkeit und Verantwortung eigene Entscheidungen zu fällen, die den Teufelskreis der Massenbeeinflussung durchstoßen.

Vor kurzem wurde bei den „Darmstädter Gesprächen“ im Hinblick auf die Radio-Manie gesagt: „Richtig Rundfunk hören – heißt, ihn abstellen können.“ Damit ist alles gesagt, worauf es hier ankommt: nämlich auf die Entfaltung der Kraft zum selbständigen Urteil und zur Bereitschaft, daraus im Miteinander praktische Folgerungen zu ziehen bis hin zu den eigentlichen Existenzfragen.

Ohne Frage hat der Prozeß der Vermassung schwerste Erschütterungen hervorgerufen. Er hat die Gefahr greifbar nahe gerückt, daß die Gesellschaft in ein Menschheitskollektiv absinkt, zu einem „einzigsten einstimmigen Ameisenhaufen“ (Dostojewski) wird. Es ist sicher nicht von ungefähr, daß in diesem Augenblick der Geschichte die Angst in ihrer kreatürlichen Urform aufgebrochen ist und geradezu ein menschlicher Herdenkomplex zu werden droht. Aus der Masse steigt sie wie ein Urschrei nach Erlösung auf. Und in dieses gemeinsame Schicksal des inneren und äußeren Verlorenseins all der unzähligen kleinen angsterfüllten kollektiven Lebewesen klingt vollmächtig und unverbraucht die Stimme dessen, der von Gott gesandt ist, mit Seiner Botschaft: „In der Welt habt ihr Angst, aber seid getrost, ich habe die Welt überwunden!“ Aus dieser Botschaft wächst uns Christen mitten in der Masse Zuversicht und Hoffnung zu.

Es gibt keinen Weg zurück. Die Straße der Geschichte weist uns vorwärts. Das müssen wir ohne Illusion sehen. Aber es gibt, wenn wir nur vor den Aufgaben der Zeit mutig bleiben, Chancen des Menschen auch in der Kälte und im Getriebe des Massenzeitalters, so daß wir mit Paulus auch heute bekennen dürfen:

„Uns ist bange, aber wir verzagen nicht!“

---

#### „KIRCHE ÜBER DEN ZEITEN UND IN DER ZEIT – ABER WIE?“

##### Kritische Betrachtung einer Antwort

In der Doppelnummer 5/6 der „Evangelischen Verantwortung“ brachten wir eine Besprechung des Buches von Professor D. Dr. Helmut Thielicke „Die evangelische Kirche und die Politik“. Auf diese Schrift hat Professor D. Friedrich Delekat in einer 16-seitigen Broschüre geantwortet. Er gibt seiner „Auseinandersetzung“ den Titel „Kirche über den Zeiten und in der Zeit. Aber wie?“ (erschieden im Verlag „Kirche in der Zeit“, Düsseldorf – Preis DM 0.50).

Weil es zum Wesen evangelischer Haltung gehört, sowohl der Rede als auch der Gegenrede in freimütiger und offener Weise Raum zu geben, möchten wir unsere Leser heute auch mit der von Thieliicke erheblich abweichenden Meinung dieser Neuerscheinung bekanntmachen.

Delekat meldet drei Hauptfragen an:

1. Besteht für die Kirche überhaupt eine Notwendigkeit, zu politischen Fragen Stellung zu nehmen?
2. Wenn ja, wie hat dann diese Stellungnahme zu erfolgen?
3. Wie ist das zu beurteilen, was die Kirche in den letzten Jahren in ihren Stellungnahmen gesagt hat?

Dies sind zweifellos wesentliche und an die Sache heranführende Fragen.

Die Frage nach der Notwendigkeit zur politischen Stellungnahme durch die Kirche beantworten sowohl Thieliicke als auch Delekat mit einem Ja, und zwar deshalb, weil die Kirche in der Zeit steht. Als solche darf sie an den drängenden Problemen nicht wortlos vorübergehen. Die Kirche spricht durch ihre Verkündigung. Aber gelingt es der Kirche immer, ihr Wort in der Predigt helfend und wegweisend zu sagen? Thieliicke schreibt: „Es gibt sicher eine ganze Anzahl von Predigern, die wirklich so predigen, als ob es keine Zeitfragen gäbe. Man könnte ihre Predigten genau so im Jahre 1894 und vielleicht ebenfalls im Jahre 1983 halten. Sie stimmen immer. Sie sagen zum so und sovielten Male dasselbe“ (S. 11). Auch die Kasualrede krankt nach Thieliicke in nicht wenigen Fällen an dieser Zeitlosigkeit, so daß es nicht zu vermeiden ist, „daß Leute, die sehr stark mit der Zeit und ihren Fragen zu tun haben, sie (die Kirche) gar nicht mehr hören, und man sie höchstens bei den traditionellen Höhepunkten des Lebens, bei Taufe, Hochzeit und Begräbnis als sakrale Geräuschkulisse – bei der man auf artikulierte Einzelworte gar keinen Wert legt – in Erscheinung treten läßt“.

Hier setzt Delekat mit seiner „Auseinandersetzung“ ein. Er meint, die berechtigte Kritik an zeitfernen Predigten sei „zuerst nicht an die amtierenden Pfarrer, sondern an die theologischen Fakultäten zu richten“. „Denn es tritt darin doch ein Mangel der theologischen Ausbildung zutage.“ Nun ist Thieliicke Lehrer an solch einer theologischen Fakultät. Ganz bestimmt haben die theologischen Fakultäten die Aufgabe, die Studenten anzuhalten, ihre Predigten später nicht in einen luftleeren Raum zu stellen, sondern ihnen einen Platz im Leben zu geben. Aber welcher Hochschullehrer hätte diese Mahnung tatsächlich versäumt? Weder ein Stählin und Fezer, noch ein Trillhaas und Dehn, und wie die Lehrer der praktischen Theologie alle heißen. Ebenso kann es wohl kaum einem Thieliicke unterstellt werden, Kritik an manchen zeitfernen Predigten zu üben, ohne daß er gleichzeitig von sich fordere, die Studenten an ihre spätere Aufgabe einer zeitnahen und überzeugenden Predigt heranzuführen, soweit er als Professor für systematische Theologie dazu Gelegenheit findet. Aber wir wissen ja alle um den Unterschied zwischen der liebevollen Ermahnung unserer Lehrer und unserem praktischen Tun. Darum wird jeder, dem das Amt der Verkündigung in unserer Kirche aufgetragen ist, die von Thieliicke aus Verantwortung geübte Kritik beherzigen. Sicherlich bleibt andererseits wahr, was Delekat schreibt: „Die Schuld liegt ebenso auf seiten der Welt.“ Aber das soll die Pfarrer nicht entlasten. Es bleibt ihre Aufgabe, sich ernsthaft um eine Predigt zu bemühen, die unter die Haut geht und die den großen politischen Fragen nicht aus Angst oder falsch verstandener Neutralität ausweicht.

Delekat geht dann in seiner Schrift „den Gründen für die politischen Versäumnisse der evangelischen Kirche in der Vergangenheit nach“. Er meint, daß die Kirche nach den Befreiungskriegen die „durch Napoleon politisch aktualisierte Gedankenwelt des Nationalismus aufgenommen und theologisch gerechtfertigt“ habe. „Später ist dann der Nationalismus geradezu zur Religion des Bürgertums im 19. Jahrhundert geworden“ (S. 5.). Die letzte Auswirkung und Übersteigerung nationalistischen Denkens habe schließlich zum Nationalsozialismus hingeführt. Gewiß ist diese Sicht Delekats richtig. Aber doch nur insoweit, als es sich nicht schlechthin um die evangelische Kirche dabei handelt, sondern um eine Theologie und Verkündigung innerhalb dieser Kirche, die mit dem zweiten Glaubensartikel, also mit Jesus Christus, nichts anzufangen wußten. Darum fand man dann auch nicht den rechten Weg zum ersten Glaubensartikel, d.h. zu einer biblischen Schöpfungstheologie.

Um kein Mißverständnis aufkommen zu lassen, möchten wir fragen: Was hat es eigent-

lich mit dem Nationalismus auf sich? Nicht die Liebe zur Nation ist Nationalismus, sondern die Überbewertung und Verabsolutierung der eigenen Nation anderen Nationen, ja schließlich Gott gegenüber. Diesen Unterschied nicht klar gesehen zu haben, ist wirklich ein Versäumnis weiter protestantischer Kreise des 19. und 20. Jahrhunderts. Der römisch-katholischen Kirche können wir den gleichen Vorwurf nicht machen, und zwar deshalb nicht, weil sie immer um den zweiten Artikel gewußt hat und darum vor einer verhängnisvollen Entartung des ersten Glaubensartikels bewahrt blieb.

Ist die Schöpfungstheologie unserer Kirche richtig, so brauchen wir der Frage, die Delekat in diesem Zusammenhang aufwirft, nicht ängstlich auszuweichen: „Wenn es zur Aufstellung einer westdeutschen Armee käme, kann dann die .... vaterländische Begeisterung .... noch die Grundlage für die Moral der Truppe abgeben? Und wenn nicht, was dann?“ (S. 5) Nein, werden wir antworten, nicht nationalistische Begeisterung, aber eine vom zweiten Artikel abgeleitete gehorsame Verpflichtung gegenüber Gottes Schöpfung und Seinen Geschöpfen, wie der entschlossene Wille, Seine Ordnungen zu respektieren.

In seiner Auseinandersetzung mit Thieliicke kommt Delekat dann auf das „Verhältnis der evangelischen Kirche zum A r b e i t e r p r o b l e m “ und auf die „lutherische Z w e i - R e i c h e - L e h r e “ zu sprechen. Thieliicke weiß um die Schuld, die die Kirche im vorigen Jahrhundert dem vierten Stand gegenüber auf sich geladen hat. Auch Delekat will diese Schuld keineswegs leugnen. Doch er schreibt: „Derartige post-festum-Schulderklärungen sind verdächtig. Denn sie sind ja zu billig.“ (S. 5) Und zwar dann zu billig, wenn wir Heutigen über allen Schulderklärungen gegenüber den Arbeitern des 19. Jahrhunderts unsere Pflicht gegenüber den Flüchtlingen im 20. Jahrhundert vernachlässigen. Hier liegt eine eminente politische Aufgabe der Kirche. Es muß uns alle die Sorge umtreiben, einem Wichern, Bodelschwingh und Stöcker des 19. Jahrhunderts nachzueifern, damit uns seitens unserer Nachfahren im 21. Jahrhundert nicht ein berechtigter Vorwurf trifft, uns, die wir heute glauben, das 19. Jahrhundert mit Recht anklagen zu dürfen.

Gegenüber der Lehre von den zwei Reichen, dem Reich Gottes und dem Reich dieser Welt, oder – schlicht gesagt – gegenüber der Lehre von Kirche und Staat weist Delekat zu Recht darauf hin, daß sich diese Lehre bereits im 16. Jahrhundert zu wandeln begann. Die Wandlung kommt darin zum Ausdruck, daß das Bewußtsein um die Bezogenheit der beiden Reiche aufeinander verlorenging. Sagen wir es mit einem Wort: die W e l t v e r w e l t l i c h t. Sie löst sich von ihrem Ursprung: Gott. Wir bezeichnen das mit den Worten „Eigengesetzlichkeit“, „Autonomie“ oder „Säkularisierung“. Diese verweltlichte Welt führte zu einem Verbrauch der moralischen Kräfte und verteilt dadurch eine gute Politik und eine „gesunde gesellschaftliche Ordnung“. Wir wissen uns mit Delekat unbedingt einig, daß sich die Notwendigkeit der politischen Verantwortung nicht nur im Blick auf die Kirche und ihr Leben, sondern ebenso und gerade im Blick auf die Politik selbst ergibt. P o l i t i k u n d S t a a t b e d ü r f e n d e r K i r c h e. Heute mehr denn je ist die Kirche und sind die Christen zu ihrem politischen Wächteramt gerufen.

Aber w i e soll die Kirche dieses Wächteramt wahrnehmen? „Entscheidend ist die Sicherheit des Standorts“, schreibt Delekat richtig (S. 8). Doch er weiß, daß die Kirche von dieser Sicherheit des eigenen Standorts „noch weit entfernt“ ist. „Es herrscht nicht einmal Einmütigkeit darüber, was ein 'totaler Weltanschauungsstaat' ist.“ Delekat erhebt bei dem Ost-West-Problem gegen Thieliicke den Vorwurf der begrifflichen Unklarheit, weil Thieliicke in seiner Schrift den Eindruck erwecke, „als gäbe es das Phänomen des Weltanschauungsstaates und des totalen Staates nur im Osten und nicht auch im Westen“ (S. 9). Wie kann Delekat aber den Vorwurf einer fehlenden „begrifflichen Klarheit“ bei Thieliicke erheben, wenn er kurz zuvor selbst feststellt, daß es über den Begriff des „totalen Weltanschauungsstaates“ überhaupt keine Einmütigkeit gibt? Bei aller Gefahr einer Tendenz zur Totalisierung, die auch in westlicher Staatspraxis lauert, sollten wir uns doch immer für den w e s e n s m ä s s i g e n Unterschied westlicher und östlicher Staatsauffassung offenhalten. Alle aus der Sowjetzone Geflüchteten sind ein lebendiges Zeugnis für diesen Unterschied westlicher und östlicher Staatsprägung. Deshalb muß sich Delekat von diesen Gehetzten ganz einfach fragen lassen, ob sie auch seinem Satz zustimmen: „Der 'totale Staat' ist heutzutage primär nicht eine politische Ideologie, sondern eine soziologisch-politische Realität“ (S. 10).



Die unterschiedliche Betrachtung von Ost und West durch Thielicke und Delekat führt logischerweise dann zur unterschiedlichen Antwort auf die Frage, wie wir uns dem Verteidigungsbeitrag gegenüber verhalten sollen. Thielicke meint, der Bolschewist höre nur auf „die Sprache des Mächtigen“. Delekat fragt: „Woher weiß er das eigentlich so genau?“ Delekat würde antworten: Weil das für Thielicke ein politisches Dogma ist. Delekat lehnt ein bestimmtes Dogma über den Bolschewismus ab. Nun gut, wer das aber tut, sollte wissen, daß dies eben auch ein Dogma ist, Dogmen abzulehnen. Entscheidend bleibt also, welches Dogma die größere Wahrscheinlichkeit für sich hat. – Von seinem Standpunkt aus hat Delekat recht, wenn er Thielicke erwidert, daß die Kirche zum Verteidigungsbeitrag „so“ nicht Stellung nehmen dürfe, „so“ – d. h. daß man jenseits des Eisernen Vorhangs nur die Sprache der Macht verstehe. Ganz abgesehen davon, daß Thielicke seine Beurteilung des Bolschewismus nicht als bindend für die evangelische Kirche angesehen wissen möchte, ergibt sich die Frage, welche Meinung über den Bolschewismus mehr überzeugt: die Thielicke oder die Delekats. Es ist völlig richtig, wenn Delekat schreibt: „Es fehlt (der Kirche) an der Sicherheit des eigenen Standpunktes.“ Ebenso aber ist es völlig falsch, wollte sich darum der Staat zu einer Verhaltensweise gegenüber dem Bolschewismus verleiten lassen, die zu katastrophalen Folgen führen könnte. Wer wegen eigener Unsicherheit bei der Beurteilung des Bolschewismus in einer Form passiv bleibt, die dem Weltbolschewismus gegenüber aller Wahrscheinlichkeit nach unangemessen ist, bringt sein Volk in größte Gefahr. Dies müssen wir Delekat sagen.

Delekat und Thielicke sind sich darin einig, daß die verschiedenen „Konzeptionen“ hinsichtlich Verteidigungsbereitschaft und Wiedervereinigung sogenannte „politische Ermessensfragen“ sind. Einigkeit besteht auch darüber, daß „in solchen 'Ermessensfragen' die Kirche besser kein Urteil abgeben sollte“ (S.12). – Nicht einig sind sich beide in zweierlei:

Delekat schreibt: „Das 'Ermessen', das Thielicke im Auge hat, ist ein illusionäres....“ (S.12) Auf Grund des oben Gesagten erübrigt es sich, darauf weiter einzugehen. Der andere Unterschied liegt in der Frage nach dem „Was“. Wie ist das zu beurteilen, was die Rheinische Landessynode „zum Frieden und zur Wiederaufrüstung“ im November 1950 gesagt hat? Es braucht wohl nicht eigens betont zu werden, daß wir alle dies Wort der Synode ganz ernst zu nehmen haben. Männer der Kirche haben uns hier aus größter Verantwortung und Sorge heraus die Frage vorgelegt, ob die „Wiederaufrüstung“ dem Frieden dient. Delekat war an der Formulierung dieses Wortes mitbeteiligt. Wenn auch nicht in der Form einer direkten Feststellung, so sprach sich dieses Wort doch in einer Frage und in seiner ganzen Anlage gegen den Verteidigungsbeitrag aus. Uns geht es in diesem Zusammenhang primär nicht um Richtigkeit oder Fragwürdigkeit des Verteidigungsbeitrages, sondern um das Problem: Ist die Frage nach dem Verteidigungsbeitrag eine „politische Ermessensfrage“ oder nicht? Thielicke und Delekat antworten: Ja. Wenn aber Ja, dann trifft auf Delekat und das Wort der Synode genau dasselbe zu, was er Thielicke gegenüber auf Seite 11 sagt: „So darf die Kirche zu politischen Fragen gerade nicht Stellung nehmen.“ Gerade weil „es an der Sicherheit des eigenen Standpunktes fehlt“, darf sich die Kirche weder für noch gegen einen Verteidigungsbeitrag aussprechen.

Und der einzelne Christ? Jeder ist in die Entscheidung genommen. Wie wir zum Weltkommunismus stehen, kann sich nicht nach unserer Lust und Laune richten, sondern ist abhängig vom **S e l b s t v e r s t ä n d n i s** des Bolschewismus. Unsere politische Einstellung steht und fällt mit einer richtigen oder falschen Sicht dieses Weltproblems Nr. 1. Wir sind Delekat für seine Schrift dankbar. Sie sorgt dafür, daß wir in Bewegung bleiben. Sie tut uns den Dienst, unseren Standpunkt wieder zu überprüfen.

Dr. B.

## POLITISCHER QUERSCHNITT

### Aus Moskau weder Ja noch Nein

Die Verhandlungen über eine Viererkonferenz sind zwar nach aussen hin angesichts der Triest-Frage in den Hintergrund getreten; tatsächlich beherrschen sie aber weiterhin die internationale Politik. Nach der letzten sowjetrussischen Note war noch weniger als je erkennbar, was der Kreml eigentlich will. Nur so viel wurde deutlich, daß er nicht nur eine Viererkonferenz über die deutsche Frage, sondern auch eine Fünferkonferenz über sämtliche internationalen Fragen anstrebt. Er ließ aber völlig offen, ob diese beiden Konferenzen gleichzeitig, bzw. in welcher Reihenfolge sie stattfinden sollen. An der Fünferkonferenz soll nach dem Willen Moskaus auch Rotchina teilnehmen. Es verstärkt sich immer mehr der Eindruck, daß Moskau mit wachsender Besorgnis die Entwicklung im Fernen Osten betrachtet. Offenbar fühlen sich die Sowjets des rotchinesischen Diktators Mao Tse Tung nicht ganz sicher. Sie fürchten wohl, daß er eines Tages einen ähnlichen Weg wie Tito gehen könnte. Deshalb liegt ihnen so viel daran, im Fernen Osten möglichst stabile Verhältnisse in ihrem Sinne herzustellen. Dieses Bemühen kommt augenscheinlich auch gewissen französischen Erwägungen entgegen. Frankreich hofft anscheinend doch noch, das Problem Indochina irgendwann in einigermaßen tragbarer Form zu lösen. Deshalb kann man auf französischer Seite die Ansicht hören, die Westmächte könnten sich einer Fünferkonferenz eigentlich gar nicht entziehen. Diese Dinge muß man sich vor Augen halten, wenn man die Aussichten auf das Zustandekommen einer Viererkonferenz richtig beurteilen will.

### Ausweg ohne Illusionen

Bisher hat Moskau in seinen Noten zur Einladung der Westmächte weder Ja noch Nein gesagt. Es hat lediglich abermals in umfangreichen Ausführungen, deren Zusammenhänge man nur mühselig erraten kann, seinen Standpunkt dargelegt. Diese Form des Notenaustausches hat nur die Ansicht der Westmächte bestärkt, daß ein solches Verfahren fruchtlos ist. Sie gingen deshalb in ihrer jüngsten Antwortnote nicht mehr allzu ausführlich auf die Einzelheiten der letzten Sowjetnote ein, sondern unternahmen nochmals den Versuch, den Stier direkt bei den Hörnern zu packen und dem Kreml einen erneuten Vorschlag für eine Viererkonferenz zu machen. Setzen sich die Sowjets tatsächlich eines Tages an den runden Tisch einer derartigen Konferenz, dann wird man sehr bald feststellen können, was an ihren großen Reden von der Notwendigkeit einer Wiedervereinigung Deutschlands echt ist und was nicht. Allerdings müßte man sich, falls eine Viererkonferenz stattfindet, von vornherein darüber im klaren sein, daß die Sowjets nichts so gut verstehen, wie eine schwierige Lage immer weiter zu komplizieren und eindeutige Entscheidungen durch ihr Verhalten am Verhandlungstisch immer weiter hinauszuschieben.

### Unannehmbare Forderung

Man muß ferner sehen, daß die letzte sowjetrussische Note noch eines verraten hat: Auch auf einer Viererkonferenz wird Moskau wohl dabei bleiben, daß noch vor freien gesamtdeutschen Wahlen eine gesamtdeutsche Regierung gebildet werden müsse, und zwar zusammengesetzt aus Vertretern der Bundesregierung und der Regierung in Pankow. Diese Forderung kann niemals angenommen werden. - Sie wird sogar von denen abgelehnt,

die der Meinung sind, daß die technische Vorbereitung der Wahl durchaus von einer Kommission durchgeführt werden könnte, deren Mitglieder von Bonn und Pankow bestimmt werden. - Die Regierung in Pankow ist nicht als demokratisch legitimierte Vertretung der achtzehn Millionen Deutschen in der sowjetischen Besatzungszone anzusehen, schon gar nicht nach dem Votum der Sowjetzonenbevölkerung vom 17. Juni. Wenn die Sowjetunion dennoch auf der Errichtung einer gesamtdeutschen Regierung in der von ihr vorgeschlagenen Form besteht, dann ist für die Verhandlungen einer Viererkonferenz bereits ein hohes Hindernis aufgerichtet, und keiner vermag zu sagen, wie es überwunden werden soll. Es fragt sich deshalb, ob Moskau seine Forderung, vor allem anderen zunächst eine gesamtdeutsche Regierung seines Stils zu bilden, nicht bloß stellt, um das Zustandekommen einer Viererkonferenz überhaupt zu vereiteln.

#### Echtes Sicherheitsbedürfnis?

Eine andere Frage ist, ob der Kreml eher verständigungsbereit sein könnte, wenn ihm ein Angebot zur Befriedigung seiner Sicherheitsbedürfnisse vorgelegt wird. Mit solchen Gedankengängen, die zum ersten Mal durch Churchills Erinnerung an Locarno in die weltweite Debatte geworfen wurden, beginnt sich auch die amerikanische Politik mehr und mehr zu befreunden. Ein Vorstoß in dieser Richtung kann jedoch nur Erfolg haben, wenn der Kreml tatsächlich ein echtes Sicherheitsbedürfnis hat und dieses Sicherheitsbedürfnis so groß ist, daß er für dessen Befriedigung die Wiedervereinigung und den Anschluß Gesamtdeutschlands an den Westen hinnimmt. Wie weit es an dem ist, weiß natürlich auch niemand.

#### Klare Schlußfolgerungen

Angesichts so vieler Fragezeichen ergeben sich für den Westen klare Schlußfolgerungen - dieselben, die schon seit Jahr und Tag gegolten haben: Die Politik der europäischen Integration muß und wird auf jeden Fall fortgesetzt werden. Man kann das Feld der europäischen Politik nicht brach liegen lassen, bloß weil man wartet, ob und auf welche Weise Moskau vielleicht einmal zu einer Verständigung über die deutsche Frage bereit sein könnte.

#### Frankreich vor der Alternative

Die Anstrengungen zur Verwirklichung des europäischen Zusammenschlusses sind deshalb offensichtlich in ein neues Stadium eingetreten. Die Franzosen haben es Churchill sehr verübelt, daß er ihnen mit dünnen und entschlossenen Worten die Alternative vor Augen geführt hat: Entweder wird Deutschland in die EVG aufgenommen, oder seine Zusammenarbeit mit der NATO muß verwirklicht werden. Nun besteht die Schwierigkeit darin, daß ein Beitritt zur NATO die einstimmige Billigung aller Mitgliedstaaten voraussetzt, daß also die deutsche Mitgliedschaft bereits an der einen Stimme Frankreichs scheitern könnte. Aber was Churchill den Franzosen zurufen wollte, war doch offenbar dies: Ihr möchtet die EVG torpedieren, um Deutschlands Wiederbewaffnung und seine Eingliederung in die westliche Verteidigungsgemeinschaft zu vereiteln. Aber wenn Ihr auch die Errichtung der EVG verhindert - Ihr werdet niemals verhindern können, daß Deutschland wiederbewaffnet und in die Verteidigung des Westens eingegliedert wird.

### Der Zusammenschluß Europas muß kommen

Der Augenblick, in dem Frankreich ohne Umschweife und weitere Auswege zur EVG Ja oder Nein sagen muß, rückt trotz aller Widerstände und trotz allen Widerstrebens näher und näher. Italien hat man durch Überlassung der Zone A in Triest die Ratifizierung erleichtern wollen. In Rom sind die Arbeiten an der künftigen europäischen Verfassung, dem Statut für die Europäische Politische Gemeinschaft, beträchtlich vorangetrieben worden. Im Haag werden die sechs Außenminister der beteiligten Länder im November sagen, wie weit sie mit diesen Vorarbeiten einverstanden sind. Deutscherseits vertritt man den Standpunkt, daß es gleichgültig ist, ob zuerst die Politische Gemeinschaft oder die Verteidigungsgemeinschaft unter Dach und Fach kommt. Entscheidend bleibt, daß überhaupt ein weiterer Schritt in Richtung auf den Zusammenschluß getan wird. Im Hintergrund steht freilich noch immer die Saarfrage; und der Optimismus, daß Dr. Adenauer und Bidault diesen Stein des Anstoßes bei dem neuen Anlauf zu seiner Beseitigung in der Tat zur Zufriedenheit aller aus dem Wege räumen können, ist nicht groß. Dennoch muß und wird der Versuch erneut gemacht werden, denn der Zusammenschluß Europas muß kommen. Er schafft die Voraussetzungen dafür, daß mit dem Kreml in einer Weise gesprochen werden kann, die auch die Sowjets beeindruckt.

v. L.

---

### UNS WIRD GESCHRIEBEN

#### Evangelische Flüchtlinge erwarten Antwort durch die Tat

Der Herr Bundeskanzler hat mit Genugtuung hervorgehoben, daß die Flüchtlinge aus der sowjetisch besetzten Zone in den Großlagern in und um Hamburg ihre Stimme nicht der SPD, sondern fast ausschließlich ihm und seiner Regierung gegeben haben. Die Flüchtlinge gingen dabei u. a. von der Erwartung aus, daß sie – ohne Rücksicht auf ihre Konfession – im Bundesgebiet gleichberechtigt behandelt werden würden. Nachstehender Sachverhalt hat nun aber zu Bedenken und Unwillen geführt:

Im Juli dieses Jahres wurden in den Hamburger Flüchtlings-Durchgangslagern auf Anforderung der Deutschen Wohnungsgesellschaft m. b. H., Köln-Deutz, zunächst 75 Familien für Neubauten dieser Gesellschaft ausgesucht. Auf ausdrücklichen Wunsch erfolgte die Auswahl der Flüchtlingsfamilien durch die katholische und evangelische Lagerseelsorge. Da sich in den Lagern bekanntlich bei weitem mehr evangelische als katholische Flüchtlinge befinden, entfiel auf die Evangelischen im Einvernehmen mit der katholischen Seite der größere Anteil. Die Zahl der angeforderten Familien wurde kurz darauf sogar auf 90 erhöht, so daß mit Recht eine Übersiedlung aller gemeldeten Flüchtlinge fest zu erwarten war.

Zu dem Abruf der betreffenden Familien kam es erst nach der Bundestagswahl. Eine Wohnung erhielten jetzt nur 12% der gemeldeten evangelischen, dagegen 80% der gemeldeten katholischen Familien und 50% der gemeldeten konfessionellen Mischehen!

Dieser Tatbestand führte zu äußerst kritischen Betrachtungen, und es dürfte erwünscht sein, daß eine derartige Benachteiligung, die den Verdacht konfessioneller Engherzigkeit aufkommen läßt, bei künftigen Planungen ihre Korrektur findet. Am härtesten trifft die einseitige Auswahl die kinderreichen evangelischen Familien, deren Jungens und Mädels für weitere Monate von jeder geregelten Schulbildung ausgeschlossen bleiben. In diesem Zusammenhang weise ich auf den unter der Überschrift „Die Flüchtlingsjugend aus der Sowjetzone – eine evangelische Verantwortung“ in Ihrer Ausgabe Nr. 4 vom Juni 1953 veröffentlichten Leserbrief hin. Die dortigen Feststellungen werden durch vorstehendes Beispiel bedeutsam unterstrichen.

Nachdem der Bundeskanzler, der Vizekanzler und eine Reihe hochgestellter Persönlichkeiten unsere Massenlager besucht haben und dort mit aufrichtiger Freude empfangen wurden, machen wir nun die Erfahrung, daß nachgeordnete Dienststellen es offensichtlich an Toleranz fehlen lassen. Man darf aber nicht übersehen, daß in Wentorf und Hamburg rund 12 000 Flüchtlinge liegen, für die Nordrhein-Westfalen als Aufnahmeland bestimmt ist und für deren Einstellung der künftigen Heimat gegenüber folgende Frage entscheidende Bedeutung hat: Wird die von der Christlich-Demokratischen Union immer wieder unterstrichene Notwendigkeit einer fruchtbaren Zusammenarbeit und eines gleichberechtigten Miteinanders der beiden großen Konfessionen im politischen Raum sich bei für uns lebensnotwendigen Entscheidungen als echte Realität erweisen?

Unsere zu fast 90% evangelischen Flüchtlinge erwarten auf diese Frage eine deutliche Antwort – nicht nur mit Worten, sondern durch die Tat!

Jürgen Wehrmann, Pastor zu Hamburg-Jenfeld  
und im Durchgangslager Hamburg-Wandsbeck

---

#### Antwort Dr. Heinemanns

Auf den in der „Evangelischen Verantwortung“ (Nr.8/Sept.1953 – S.8) veröffentlichten Brief von Dr. Robert Tillmanns an Dr. Dr. Gustav Heinemann, der sich mit einem Wahlauftrag der GVP auseinandersetzt, hat Dr. Heinemann 2 Tage vor den Bundestagswahlen in einem persönlichen Schreiben geantwortet und mitgeteilt, „daß erwähntes Flugblatt nicht mehr benutzt wird“.

Wir entsprechen hiermit der Bitte Dr. Heinemanns um Veröffentlichung dieser Feststellung.  
Die Red.

#### Redaktionelle Berichtigung

Das offizielle Organ der GVP, die „Gesamtdeutsche Rundschau“, befaßt sich in Nr.34 vom 18.9.53 auf Seite 4 mit gewissen im Wahlkampf gegen die GVP gerichteten Vorwürfen. Unter dem Zwischentitel „Die Lüge als Methode“ kritisiert die „Gesamtdeutsche Rundschau“ auch eine von der „Evangelischen Verantwortung“ (Nr. 8/Sept.1953 – S.14) aus der Tagespresse übernommene Meldung, die besagte, daß „der Bundestagskandidat der GVP für den Wahlkreis Bielefeld, Ernst Kulemann, wegen Beschimpfung der Bundesregierung, Gründung staatsfeindlicher Vereinigungen und Geheimbündelei festge-

nommen" worden sei. (Der Haftbefehl des Amtsgerichtes Detmold gegen Kulemann wegen Verstoßes gegen §§ 90a, 128 StGB wurde vom Landgericht Detmold und vom Oberlandesgericht Hamm durch Zurückweisung mehrerer Haftbeschwerden bestätigt und Kulemann lediglich wegen Haftunfähigkeit am 3.10.53 auf freien Fuß gesetzt. Das Verfahren läuft weiterhin bei der Staatsanwaltschaft in Dortmund, Az.18 J.s. 908/53 d. - Die Red.)

Die „Gesamtdeutsche Rundschau" erklärt dazu, „daß ein Kulemann weder in Bielefeld noch anderswo" kandidiert habe, „noch gar Mitglied der GVP sei". Das letztere war von der „Evangelischen Verantwortung" auch gar nicht geschrieben worden.

Die Redaktion der „Evangelischen Verantwortung" stellt mit Bedauern fest, daß ihrer Behauptung, Kulemann sei GVP-Kandidat, nicht-dementierte Pressemeldungen aus dem Raum Bielefeld-Detmold zugrunde lagen, die sich insofern als falsch erwiesen, als Kulemann offiziell nicht als GVP-Kandidat beim zuständigen Kreiswahlleiter benannt worden ist. Die Redaktion der „Evangelischen Verantwortung" konnte den erwähnten Pressemeldungen Glauben schenken, da ihr die linksradikale Einstellung Kulemanns und seine propagandistische Tätigkeit für den als kommunistisch geltenden „Bund der Deutschen", mit dem die GVP am 18. Juli d.J. in Mannheim ein Wahlbündnis einging, bekannt waren.

Die Herausgeber der „Evangelischen Verantwortung" bedauern in diesem Zusammenhang die Überschrift „Wie der Herr, so's Gescherr", unter der die oben kommentierte Meldung erschienen ist.

#### Anmerkung zu Seite 4

Die Ausführungen von Bundestagspräsident D.Dr. Hermann Ehlers über den Bayerischen Rundfunk („Einer von 508 meint...") wurden mit Rücksicht auf die Mißdeutungen, die sie in der Öffentlichkeit teilweise erfahren haben, i m v o l l e n W o r t - l a u t wiedergegeben.

---